



## **Änderungsantrag**

der Abgeordneten **Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Annette Karl, Reinhold Strobl, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl SPD**

**Haushaltsplan 2017/2018;**

**hier: Ausbildungsverkehr im ÖPNV für die Kommunen zukunftsfähig machen**

**(Kap. 03 66 Tit. 633 72)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 03 66 (Verkehrswesen) werden die Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach § 45a Personenbeförderungsgesetz zum Ausgleich von gemeinwirtschaftlichen Lasten im ÖPNV bezüglich des Ausbildungsverkehrs im Tit. 633 72 (Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden) für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 jeweils von 27.200,0 Tsd. Euro um 5.800,0 Tsd. Euro auf 33.000,0 Tsd. Euro erhöht.

### **Begründung:**

In den Jahren 2012, 2013, 2014 und 2015 wurden jeweils über 30.000,0 Tsd. Euro für diese Zwecke ausgegeben. Sinkende Schülerzahlen steigern die Finanzierungsnotwendigkeiten der Kommunen, also ist ein Senken des Ausgleichsbeitrags nicht angemessen, sondern es ist im Gegenteil eine Erhöhung geboten.

Das Soll in 2016 von 27.200,0 Tsd. Euro kann nicht lediglich festgeschrieben werden, denn die bereits bestehende und drückende Mittelknappheit wird durch zukünftige Herausforderungen wie flexible Bedienformen, Barrierefreiheit, NOX-Grenzwerte etc. noch verschärft. Deshalb müssen die Mittel erhöht werden.